

Bundesministerium des Innern
11014 Berlin

mailto: mi4@bmi.bund.de

Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer (vormals: „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes“)#

hier: Ihr Schreiben vom 28.03.2014/AZ: M I 4 – 21004/18#6

Sehr geehrter Herr Mengel,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung des o.g. Gesetzentwurfes vom 28.03.2014.

Der Gesetzentwurf sieht – wie bereits der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes“ die Einstufung der Staaten Mazedonien, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten nach § 29 a des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) vor. Zudem sieht der Gesetzentwurf einen schnelleren Arbeitsmarktzugang (künftig nach drei Monaten) für Asylbewerber und Geduldete vor.

Zu der Einstufung der Staaten Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten nach § 29 a AsylVfG verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 27.02.2014 (Az: 32.45.05 D) und fügen diese als Anlage der vollständigkeithalber bei.

Die Verkürzung der Wartefristen für den Zugang zum Arbeitsmarkt von neun auf drei Monate bei Asylbewerbern und von zwölf auf drei Monate bei Geduldeten begegnet grundsätzlich keinen Bedenken. Die Sicherung des Lebensunterhalts durch eigenes Erwerbseinkommen ist auf jeden Fall dem Bezug von öffentlichen Leistungen vorzuziehen. Da dieser Personenkreis der Vorrangprüfung durch die Arbeitsverwaltung unterliegt, dürfte sich die finanzielle Entlastung für die Kommunen allerdings in engen Grenzen halten. Darüber hinaus kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine Verkürzung der Wartefrist auch zur einer vermehrten Stellung von Asylanträgen solcher Personen führt, die allein zum Zwecke der Arbeitsaufnahme in das Bundesgebiet einreisen wollen. Deshalb sollten die Auswirkungen der Regelung auf die Zahl der Asylbewerber zeitnah evaluiert werden.

Bei gut qualifizierten Asylbewerbern und Geduldeten kann der schnellere Zugang zum Arbeitsmarkt allerdings auch zu einem zügigen Einstieg in die Integration und zur Milderung des Fachkräftemangels beitragen. Indes ist zu beachten, dass Fachkräfte mit einer entsprechenden Qualifikation von vornherein im Visaverfahren einreisen könnten, ohne den „Umweg“ über das Asylverfahren zu beschreiten. Insoweit dürften die positiven Auswirkungen der geplanten Regelungen eher gering sein.

In diesem Zusammenhang wurde aus der Mitgliedschaft auch folgender Ergänzungsvorschlag gemacht:

Wenn ein Asylverfahren negativ (bzw. durch Rücknahme) abgeschlossen ist, ist der Wechsel in einen anderen Aufenthaltszweck nur unter sehr eingeschränkten Regelungen möglich (§ 10 Abs. 3 AufenthG). Bei gut integrierten jungen Menschen mit entsprechender Qualifikation wird angeregt, dass auch nach negativ abgeschlossenem Asylverfahren die Möglichkeit bestehen sollte, einen Aufenthaltstitel zum Zwecke der Berufsausbildung zu erteilen, ohne dass der jeweils Betroffene vorher ausreisen muss, um anschließend im Visumverfahren wieder zurückkehren zu können. Hierfür wäre eine Änderung des § 10 Abs. 3 AufenthG erforderlich. Gleiches sollte auch für diejenigen eröffnet werden, die während des Asylverfahrens eine qualifizierte Tätigkeit aufnehmen und diese erfolgreich ausüben. Nach den Erfahrungen aus der Praxis ist es Arbeitgebern kaum vermittelbar, dass gut eingearbeitete und integrierten Fachkräfte das Land wieder verlassen müssen, andererseits sprachunkundige Drittstaatsangehörige aus dem Ausland aber aktiv angeworben werden. Ein Vorbild für eine derartige Regelung gibt es bereits (§ 18 Abs. 3 AufenthG), der qualifizierten Personen mit einer Duldung nach abgeschlossener Berufsausbildung einen Aufenthaltserlaubnis auch abweichend von § 10 Abs. 3 AufenthG ermöglicht (ohne vorherige Ausreise). Eine entsprechende Öffnung könnte auch für §§ 17, 18 AufenthG sinnvoll sein.